

Pressemitteilung vom 14.12.12

Am 13.12.2012 erfolgte die Bekanntgabe der Linienbestimmung der B212n durch Staatssekretär Ferlemann (siehe Anhang). Also grünes Licht für die niedersächsischen Straßenplaner, die für die Stadt Delmenhorst so problematische Südvariante weiter voranzutreiben!

Die IG sieht aber noch viele offene Widersprüche!

Wie bekannt, sind aus Sicht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) die B212n und die Ortsumfahrung (OU) Delmenhorst unmittelbar miteinander verknüpft. Bisher hatte das BMVBS (auch im Schriftwechsel mit der IG) ausschließlich zwei Vorgehensweisen dargestellt, die man wählen könne, um zu einer Linienbestimmung zu kommen.

Alternative 1:

Verschiebung der Linienbestimmung der B212n gem 16 Fernstraßenausbaugesetz (FStrG) bis zur Fortschreibung des neuen Bedarfsplanes mit der optionalen Aufnahme einer OU Delmenhorst (2015/2016).

Mit der getroffenen Entscheidung ist die Alternative 1 hinfällig!

Bleibt Alternative 2:

Planung einer Umgehung von Delmenhorst und Anwendung des 6 FStrG zum gegebenen Zeitpunkt. Diese ist notwendig, um die durch den Bau der Südvariante verursachten Verkehrsprobleme zu lösen. Voraussetzung hierfür ist jedoch ein unanfechtbarer Planfeststellungsbeschluss für die OU Delmenhorst bis zur Verabschiedung des neuen Bundesverkehrswegeplanes 2015. Dies wird, lt. niedersächsischem Wirtschaftsminister Bode, allein aus planungszeitlichen Gründen aber nicht möglich sein. Zudem wird die Unvorhersehbarkeit eines höheren Verkehrsbedarfs gem. 6 FStrG nicht zu belegen sein.

Damit ist auch die Alternative 2 hinfällig!

Die IG sieht daher mit Spannung der Begründung entgegen, mit der nun der weitere Fortgang des Verfahrens gerechtfertigt wird. Hat man, quasi als Weihnachtspräsent, eine dritte Alternative aus dem Hut gezaubert, um die Belange der Region Delmenhorst/ Ganderkesee den Interessen von Bremen/des Unterweserraumes unterzuordnen? Es wäre nicht der erste unliebsame Überraschung in diesem komplizierten Verfahren. Wir werden es prüfen. Die juristische Auseinandersetzung rückt näher.

Uwe Kroll / Martin Clausen
Sprecher der IG B212 freies Deich- und Sandhausen